

Stand: 25.12.2025 10:26:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/244

"Haftpflichtfonds für Hebammen - Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Hebammen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/244 vom 05.12.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/666 des GP vom 04.02.2014
3. Beschluss des Plenums 17/860 vom 25.02.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 25.02.2014



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Haftpflichtfonds für Hebammen – Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Hebammen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen Grundlagen zur Errichtung eines zweckgebundenen Haftungsfreistellungsfonds geschaffen werden, der zumindest folgende Kriterien erfüllt:

- Hebammen, die angemessen haftpflichtversichert waren, werden von der Haftung mit ihrem Privatvermögen freigestellt. Der Fonds tritt in diesen Fällen ein und übernimmt die weitere Entschädigung der Opfer.
- Es werden fallbezogene Haftungshöchstgrenzen für Hebammen festgesetzt. Darüber hinaus gehende Ansprüche der Geschädigten übernimmt der Fonds.
- Die Finanzierung erfolgt über die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen, die Haftpflichtversicherer sowie steuerfinanzierte staatliche Zuschüsse.

Begründung:

Die Versicherungsprämien für freiberuflich tätige Hebammen in der Geburtshilfe sind von 380 Euro im Jahr 1999 auf gegenwärtig 4.242 Euro gestiegen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen liegt aber nur bei 25.000 Euro. Erweisen sich die mit den Haftpflichtversicherern vereinbarten Schadenshöchstsummen als zu niedrig, droht freiberuflich tätigen Hebammen die Haftung mit ihrem privaten Vermögen.

Wenn das gesellschaftlich anerkannte Berufsbild der in der Geburtshilfe tätigen Hebamme erhalten werden soll, bedarf es einer grundlegenden Lösung, für die nicht allein die Hebammen verantwortlich sein können, sondern auch die Gesellschaft insgesamt. Durch die Errichtung eines Fonds, der die Einführung von Haftungshöchstsummen für Hebammen ermöglicht und dadurch den Versicherern ein überschaubareres Risiko bietet, würden die Versicherungsprämien gesenkt. Gleichzeitig würden die Opfer von Geburtsschäden in keiner Weise schlechter gestellt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Tanja Schweiger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/244

Haftpflichtfonds für Hebammen - Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Hebammen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichtersteller: **Dr. Karl Vetter**
Mitberichtersteller: **Bernhard Seidenath**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 21. Januar 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 4. Februar 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/244, 17/666

Haftpflichtfonds für Hebammen – Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Hebammen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Kathi Petersen

Abg. Kerstin Celina

Staatsministerin Melanie Huml

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger u.
a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Haftpflichtfonds für Hebammen - Sicherstellung einer flächendeckenden
medizinischen Versorgung durch Hebammen! (Drs. 17/244)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Der erste Redner ist Herr Dr. Karl Vetter.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Berufsstand der freiberuflichen Hebammen und der Entbindungspfleger – die gibt es auch – ist mittlerweile in seiner Existenz bedroht. Ich glaube, das kann man so sagen. Die Staatsregierung tut wieder einmal nichts Konkretes. Das sind wir gewohnt. Auf Bundesebene wird nur geredet. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD heißt es lediglich ganz verhalten: Wir werden die Situation in der Geburtshilfe beobachten und gegebenenfalls etwas tun. Noch deutlicher war die Aussage vonseiten der SPD-Fraktion im Ausschuss, in dem wir das Thema zuletzt behandelt haben. Im Ausschuss wurde gesagt, das Problem mit der Haftpflichtversicherung für Hebammen sei schon erledigt. Mitnichten, meine Damen und Herren; außer einer Vergütungsanpassung, die den aktuellen Problemen in keiner Weise gerecht wird, gibt es keine konkreten Lösungsvorschläge.

Lassen Sie mich zu den Hintergründen kommen. Deutschland braucht mehr Kinder. In diesem Punkt sind wir uns alle einig. Die demografische Entwicklung ist durch eine niedrige Geburtenrate, eine steigende Lebenserwartung und eine Alterung der Gesellschaft gekennzeichnet. Das bringt viele Probleme mit sich, nicht nur für die Sozialversicherungen. Meine Damen und Herren, wir haben ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Seit dem Jahre 2010 haben sich 20 % der Hebammen aus der Geburtshilfe zurückgezogen. Für die betroffenen Frauen bedeutet dies eine deutliche Beschränkung ihrer

Wahlfreiheit hinsichtlich der Art und Weise der Geburt und des Geburtsortes. Kolleginnen und Kollegen, ohne Hebammen wird ein an und für sich völlig natürlicher Lebensvorgang immer mehr zur Krankheit, die im Akkord behandelt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Schon jetzt gibt es nach Angaben des Deutschen Hebammenverbands gerade in den ländlichen Regionen Deutschlands eine Mangelversorgung. Bereits jetzt zeigt sich ein dramatischer Anstieg der Haftpflichtversicherungsprämien. Das ist der Punkt, warum wir den Antrag gestellt haben. Die Prämien haben sich im Jahre 2008 noch auf 200 bis 400 Euro im Jahr belaufen. Für den Sommer dieses Jahres – ich glaube, es ist zum 1. April oder zum 1. Juli – ist von den Versicherern bereits eine Erhöhung auf 5.091 Euro angekündigt worden. Die Situation wird sich künftig noch weiter zuspitzen. Die Nürnberger Versicherung hat angekündigt, sich Mitte nächsten Jahres aus diesem Geschäftsbereich, nämlich der Versicherung der Hebammen, ganz zurückzuziehen. Dann wird es für die Hebammen schwierig, eine Berufshaftpflichtversicherung zu finden, ganz unabhängig von den Kosten. Ohne Berufshaftpflichtversicherung darf eine freiberufliche Hebamme ihren Beruf nicht ausüben. Das Szenario in der Geburtshilfe in Bayern dann möchte ich mir nicht vorstellen.

Aus diesem Grund haben wir FREIEN WÄHLER einen Haftungsfreistellungsfonds für unsere Hebammen gefordert. Durch diesen werden Hebammen von der Haftung mit ihrem privaten Vermögen befreit. Regressforderungen, die über eine Haftungshöchstgrenze hinausgehen, werden von einem Fonds ausgeglichen, der sich aus Zahlungen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherungen sowie staatlichen Zuschüssen speist. Das bedeutet – das bleibt in der Diskussion immer auf der Strecke – auch für die Geschädigten, dass sie einen solventen Anspruchsgegner haben und nicht die mögliche Folge einer privaten Insolvenz der Hebamme tragen müssen, wenn dies einmal der Fall sein sollte.

Durch die Festsetzung der Haftungshöchstgrenze wird sich die Versicherung der freiberuflichen Hebammen auch für die Versicherer wieder lohnen, sodass sich wieder vermehrt Anbieter finden werden und ein gesunder Wettbewerb entstehen kann. Mir ist bewusst, dass ein derartiger Haftungsfreistellungsfonds ein neues Element im System ist. Kolleginnen und Kollegen, ich sehe jedoch keine andere Möglichkeit. In anderen Bereichen gibt es bereits positive Erfahrungen mit derartigen Fondslösungen. Es gibt den Entschädigungsfonds für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen. Dort funktioniert es auch. Es gibt den Pharmapool, der den Versicherungsschutz bei von Arzneimitteln verursachten Schäden gewährleistet. Es geht. Solche Fonds gibt es.

Der Haftungsfreistellungsfonds für Hebammen ist eine nachhaltige Lösung, die die Geburtshilfe wieder langfristig versicherungsfähig macht. Aktuell – die neueste Entwicklung der letzten Tage kenne ich natürlich auch – haben die Krankenkassen zugesagt, dass sie die Prämiensteigerungen für 2013 wieder einmal ausgleichen wollen. Was ist mit 2014? Da geht es nicht weiter. Es freut mich, dass rechtzeitig heute Mittag, Frau Staatsministerin Huml, Ihre Pressemitteilung herausgegeben worden ist, in der sie schreiben: "Notwendig ist deshalb eine rasche Lösung der Haftpflicht-Frage. Hierbei ist vor allem die Bundesregierung gefordert." Langsam kommen Sie in das Boot der FREIEN WÄHLER. Das ist eigentlich unser Antrag.

(Lachen bei der CSU)

Sie sollen die Bundesregierung beeinflussen und darauf hinarbeiten, dass ein solcher Haftungsfreistellungsfonds eingerichtet wird. Kolleginnen und Kollegen, es ist für die Hebammen nicht mehr fünf vor zwölf, sondern vielleicht schon fünf nach zwölf. Lassen Sie uns endlich handeln! So lautet mein Appell. Stimmen Sie dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Ich erteile Herrn Kollegen Seidenath das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Versorgung mit Hebammenhilfe ist ein wichtiges und drängendes Thema. Hebammen - und gerade freiberufliche Hebammen - haben weit über die Geburtshilfe hinaus eine sehr wichtige Funktion in unserem Gesundheitswesen. Hebammen gewährleisten eine Betreuung der Frauen und der Familien auch bei der Geburtsvorbereitung und in der Nachsorge. Eine gleichbleibende und verlässliche Ansprechperson ist in dieser für junge Familien extrem sensiblen Phase wichtig, um dem Neugeborenen einen optimalen Start in sein Leben zu ermöglichen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wissen wir alle selber!)

Zudem sind Hebammen wertvolle Frühwarnsysteme, stehen gegebenenfalls am Anfang einer Präventionskette und gewährleisten die Wahlfreiheit des Geburtsorts. Für diese Leistung sagen wir den Hebammen und Entbindungspflegern in unserem Land ein herzliches Dankeschön und "Vergelt's Gott".

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich stelle fest, dass die Oppositionsparteien nicht geklatscht haben.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD) – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Für wie wichtig wir, die CSU-Landtagsfraktion, eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe halten – –

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Ich sage doch nichts Schlimmes! Ich habe bisher nur schöne Sachen gesagt.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Für wie wichtig wir eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe halten, mögen Sie daran ersehen, dass wir dieses Thema zum Gegenstand unseres allerersten Dringlichkeitsantrags in dieser Legislaturperiode gemacht haben.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Ich darf in Erinnerung rufen: Am 4. Dezember 2013, bei der ersten Beratung von Dringlichkeitsanträgen in der neuen Legislaturperiode hier im Hohen Hause, hatten Sie, die FREIEN WÄHLER, die Ausländermautdebatte als Topthema gesetzt, die GRÜNEN den Münchner Kunstfund, die SPD den EADS-Standort Unterschleißheim. Für uns war es die Versorgung mit Hebammenhilfe.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Dieses Thema stand und steht für uns ganz oben auf der Liste. Unser Ziel war damals und ist weiterhin eine angemessene Vergütung der Hebammen. Eine angemessene Vergütung ist nämlich die Grundlage für eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe in ganz Bayern und gerade auch dafür, dass freiberufliche Hebammen, die Geburtshilfe anbieten, die in den letzten Jahren exorbitant gestiegenen Prämien ihrer Berufshaftpflichtversicherung refinanzieren können. Eine höhere Vergütung für gestiegene Haftpflichtprämien ist die beste Lösung. Hier ist Gott sei Dank auch viel passiert.

(Zuruf: Wo?)

Im Sommer 2013 gab es die dritte Prämienerrhöhung seit 2010. Krankenkassen und Hebammenverbände haben hierauf reagiert. Sie haben Ende 2013 den kompletten Ausgleichsbetrag 2013 auf die Vergütungspositionen umgelegt und die Hebammenvergütungsvereinbarung angepasst.

(Hubert Aiwaner (FREIE WÄHLER): 2013? 2014!)

Das wird auch in den nächsten Jahren so weitergehen. Das ist im Mechanismus so angelegt. Sie schlagen dagegen einen zweckgebundenen Haftungsfreistellungsfonds vor. Einzahlen sollen dort Krankenversicherer, Haftpflichtversicherer und auch der Steuerzahler. Warum soll das nur für die Hebammen gelten, Herr Dr. Vetter? Warum soll das nicht für in der Geburtshilfe tätige Ärztinnen und Ärzte, für Kliniken sowie für weitere Berufsgruppen, die sich ebenfalls haftpflichtversichern müssen, gelten? Das müssen Sie uns erklären. Eine staatliche Beteiligung an den Kosten für die Berufshaftpflichtversicherung wäre aus Gründen der Gleichbehandlung mit Angehörigen anderer Berufsgruppen nicht gerechtfertigt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Auch ist es dem deutschen Haftungsrecht fremd, dass die Allgemeinheit das persönliche Haftungsrisiko eines Einzelnen oder einer Berufsgruppe trägt. Vielmehr gilt und muss weiter gelten das Prinzip der individuellen Verschuldenshaftung. Eine Beteiligung der gesetzlichen Krankenversicherungen an der Finanzierung eines Haftungsfreistellungsfonds würde deshalb eine Abkehr von wesentlichen Grundprinzipien bedeuten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Das wäre ein Systembruch. Zudem sind, Herr Dr. Vetter, die Versicherer solvent, anders als Sie es gerade dargestellt haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Solvent schon, aber die wollen nicht mehr!)

Bedeutsam ist hierbei die Frage, ob sich Hebammen ab Mitte 2015 noch haftpflichtversichern können. Da stimme ich Ihnen zu. In der Tat wird sich die Nürnberger Versicherung zu diesem Zeitpunkt aus dem derzeitigen Dreier-Versicherungskonsortium zurückziehen. Die Bayerische Versicherungskammer und auch die R+V-Versicherungen bleiben aber nach aktuellem Stand drin, weshalb es auch über 2015 hinaus eine Versicherungsmöglichkeit für freiberufliche Hebammen gibt. Diese Entwicklung müs-

sen und werden wir sehr genau weiter beobachten. Für einen Systembruch mit unabsehbaren Präzedenzfolgewirkungen für andere Berufsgruppen, die sich selber haftpflichtversichern müssen, ist es aber bei dieser Faktenlage zu früh.

Mein Fazit lautet deshalb: Wir werden alles tun, um Hebammen auch in der Geburtshilfe ihre Arbeit zu ermöglichen. Wir stehen an der Seite der Hebammen. Wir stützen ihren Beruf. Wir unterstützen ihre Anliegen. Für uns ist dies eines der dringlichsten Themen. Eine Finanzierungsbeteiligung der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen oder des Steuerzahlers am Haftpflichtfonds für Hebammen ist aber aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen und erscheint angesichts der dargestellten Faktenlage auch fachlich nicht geboten. Daher werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank! Verbleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dr. Vetter.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Seidenath, wahrscheinlich haben Sie die Pressemitteilung Ihrer Ministerin von heute Mittag noch gar nicht gelesen. Ich frage Sie ganz konkret. Sie haben mir jetzt noch einmal erklärt, dass alles in bester Ordnung und die Frage der Haftpflicht eigentlich prima gelöst ist. Warum schreibt Ihre Ministerin dann heute Mittag in der Überschrift der Pressemitteilung "Notwendig ist ... eine rasche Lösung der Haftpflicht-Frage"? Warum hält die eigene Ministerin diese Lösung der Frage für notwendig, und Sie tun es nicht? Können Sie mir das beantworten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Dr. Vetter, ich habe die Pressemitteilung der Ministerin gelesen, aber Sie haben mir offenbar nicht zugehört. Gerade als Sie so erregt waren, habe ich gesagt, dass die Frage, ob sich die Hebammen ab Mitte 2015 überhaupt noch haftpflichtversichern können, eine sehr bedeutsame Frage ist, die genau betrachtet werden muss. Ich habe Ihnen hier auch meine Einschätzung mitgeteilt, dass das weiterhin möglich sein wird, weil

(Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Zu welchem Preis?)

zwei weitere Mitglieder des Konsortiums im Konsortium bleiben werden. Wenn es höhere Prämien gibt, werden sie durch höhere Vergütungen ausgeglichen. Auch das ist im System angelegt. Deswegen ist die Situation schwierig.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Wir werden die Situation beobachten, lieber Herr Aiwanger.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bis sie gestorben sind! Bis es keine Hebammen mehr gibt! – Katharina Schulze (GRÜNE): Dann gibt es keine mehr!)

Wir werden sie weiterhin – –

(Anhaltende Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Frau Aures, muss ich mir das bieten lassen?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bisher hat Sie noch niemand persönlich angegriffen. Ansonsten schreite ich ein.

Bernhard Seidenath (CSU): Ich komme aber nicht durch mit meiner Rede. - Ich habe Ihnen die Argumente dargestellt. Ich stelle fest, Herr Dr. Vetter hört mir auch weiterhin nicht zu. Ich bleibe bei meiner eben getroffenen Aussage. Wir werden den Antrag aus den genannten Gründen ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Als Nächste kommt Frau Kollegin Kathi Petersen.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich sind wir in der Sache gar nicht so weit voneinander entfernt. Das wurde auch bei den Beiträgen meiner Vorredner schon deutlich. Wir haben uns im De-

zember 2013 hier im Plenum über die Situation der Hebammen ausführlich unterhalten. Wir waren uns einig, dass wir alle die Hebammen stärken und ihre Tätigkeit flächendeckend sicherstellen wollen. Nicht ganz einig sind wir uns über die dafür geeigneten Wege.

Herr Dr. Vetter, die SPD hat keineswegs die Haftpflichtproblematik für erledigt erklärt, wie Sie eben gesagt haben. Wir haben lediglich gesagt, dass im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung eine Lösung gefunden wurde. Diesen Tatbestand haben Sie vorhin auch bestätigt.

Die flächendeckende Versorgung mit Geburtshilfeangeboten ist zunächst ein Bundes-thema. Es steht auch so im Koalitionsvertrag, und auf Bundesebene beschäftigt man sich damit. Derzeit gibt es eine interministerielle Arbeitsgruppe. Der Abschlussbericht liegt noch nicht vor. Er befindet sich in der Schlussabstimmung.

Dass die Situation der Hebammen nach wie vor ausgesprochen schwierig ist, ist völlig klar. Es wurde erstens schon darauf hingewiesen, dass sie sich – das gilt zumindest für die freiberuflich tätigen Hebammen -, selbst haftpflichtversichern müssen. Diese Versicherungsprämien sind mittlerweile auf über 5.000 Euro angestiegen.

Zweitens wurde bereits erwähnt, dass mittlerweile eine große Versicherung aus dieser Versicherungsleistung ausgestiegen ist und dort ab Juli 2015 keine Hebammen mehr versichert werden. Aus diesem Grund verschärft sich die Situation, und es ist notwendig, nach Lösungen zu suchen. Eine Änderung der Gebührenordnung ist notwendig, die dafür sorgt, dass die Haftpflichtprämie nicht zum Armutsrisiko für Hebammen wird. Hier ist noch einiges zu tun. Überlegenswert ist auch, ob sich die Kliniken stärker an der Versicherung von Hebammen beteiligen müssen. Das gilt auch für Beleghebammen. In dieser Hinsicht wurde erst wenig unternommen, doch auch das wäre sinnvoll.

Der Bundesgesundheitsminister hat in der vergangenen Woche mit den Hebammenverbänden gesprochen. Auch die bayerische Gesundheitsministerin hat sich bereit erklärt, sich einzuschalten und zugunsten der Hebammen tätig zu werden.

Den von Ihnen vorgeschlagenen Haftungsfonds halten wir zwar für ein interessantes, aber leider untaugliches Mittel, um dieses Problem zu lösen. Für andere freie Berufe gibt es keinen solchen Versicherungsfonds; er wäre also systemfremd.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Na und? – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwan-
ger (FREIE WÄHLER))

- Hören Sie mir doch einfach einmal zu! Wir bezweifeln, dass er funktionieren würde. – Wenn es einen solchen Fonds gäbe, müssten auch die Hebammen einzahlen. Außerdem würde ein solcher Fonds die Versicherungswirtschaft entlasten und alle Versicherten und die Steuerzahler belasten. Das kann nicht in unserem Interesse liegen. Deshalb lehnen wir den Antrag der FREIEN WÄHLER ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, teile ich Ihnen mit, dass die FREIEN WÄHLER zu diesem Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung beantragt haben. Ich darf nun Frau Celina als nächste Rednerin ans Rednerpult bitten.

Kerstin Celina (GRÜNE): Hebammen und Geburten gehören zusammen. Erinnern Sie sich daran, wann Sie diesen Satz schon einmal gehört haben? - Ich verrate es Ihnen. Ich habe das am 4. Dezember letzten Jahres in meiner Rede hier vor dem Plenum gesagt, als wir über das Thema Hebammen gesprochen haben. Vor drei Monaten haben Sie sich, liebe Kollegen der CSU-Fraktion, mit einem Dringlichkeitsantrag für eine angemessene Vergütung der Hebammen eingesetzt. Schon vor drei Monaten war die Situation dringlich; vor drei Jahren war sie es auch schon. Deswegen wurde Ihr Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Auch wir in der Opposition hatten die Dringlichkeit des Themas erkannt und konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die Sie von der CSU abgelehnt haben. Und was ist seit-
her passiert? Die drei Probleme der Hebammen, über die wir hier reden, bestehen

immer noch; sie sind sogar drängender als vor drei Monaten. Noch immer sind die Fragen nach dem Umgang mit den steigenden Haftpflichtprämien, nach dem Umgang mit der persönlichen Haftung der Hebammen und nach dem Umgang mit dem Fehlen eines Versicherungsmarktes nicht gelöst. Aufseiten der Regierung existieren keinerlei Lösungsmodelle, die diesen Herausforderungen gerecht werden.

Inzwischen hat sich die Situation noch verschärft;

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

denn ab Juli 2015 können viele freiberufliche Geburtshelferinnen voraussichtlich keine Haftpflichtversicherung mehr abschließen. Wie schon gesagt, besteht der Grund darin, dass die Nürnberger Versicherung aus der Versicherung für Hebammen aussteigen wird, weil ihr aufgrund der immens hohen Haftpflichtsummen in dem Fall, dass ein Kind bei der Geburt zu Schaden kommt, das Risiko zu groß ist. Im Durchschnitt kommen 2,6 Millionen Euro pro Schadensfall zusammen.

Ohne Haftpflichtversicherung aber dürfen die freiberuflichen Hebammen zu Recht weder Geburten zu Hause noch im Geburtshaus noch als Beleghebamme in der Klinik betreuen. All das führt zu einer absurden Situation: Der Gesetzgeber garantiert werdenden Müttern die Wahlfreiheit, ob sie ihr Kind im Krankenhaus, zu Hause oder im Geburtshaus zur Welt bringen wollen; doch weil immer mehr Hebammen nicht mehr freiberuflich arbeiten, gibt es diese Wahlfreiheit heute schon nicht mehr. Seit vier Jahren beschäftigt sich eine interministerielle Arbeitsgruppe mit diesem Thema. Langfristige Lösungsvorschläge dieser Gruppe werden nicht umgesetzt, weil dies für den Staat nicht kostenfrei zu erreichen ist.

Jedoch genießen Hebammen in der Bevölkerung ein hohes Ansehen. Deshalb traf sich Bundesgesundheitsminister Gröhe in der letzten Woche mit den Vertretern der Hebammen. Was kam dabei heraus? - Fast nichts. Heraus kam nur das Versprechen, nach einer kurzfristigen Lösung für diesen Sommer zu suchen, um den Hebammen die Prämienerrhöhung wegen der gestiegenen Haftpflichtversicherungen zu kompensieren.

sieren. Zu der Frage, was passieren soll, wenn die Nürnberger Versicherung aussteigt und die Hebammen keinen anderen Anbieter finden, habe ich kein Wort gehört. Die FREIEN WÄHLER nennen in ihrem Antrag wenigstens eine Möglichkeit, wie man dem Problem begegnen kann. Sie nennen eine Möglichkeit, wie die Haftpflichtprämien für Hebammen begrenzt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Die Zeit drängt, und wir GRÜNE möchten nicht abwarten, bis das Problem von selbst verschwindet; denn die Hebammen sind nicht das Problem, sie sind der Garant für die freie Wahl des Ortes der Geburt.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen stimmen wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu. Er greift eine unserer Forderungen aus unserem Antrag vom letzten Dezember wieder auf; denn Hebammen und Geburten gehören zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich darf nun Frau Staatsministerin Huml ans Rednerpult bitten.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Liebe Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eines möchte ich vorwegnehmen: Wir tun freilich etwas für die Hebammen, und wir haben auch in den letzten Jahren schon einiges für sie getan. Das ist mir persönlich ein großes Anliegen, weil ich mir sehr wohl dessen bewusst bin, dass gerade die Hebammen vor, während und nach der Geburt für die Familien, für die Eltern, für Vater, Mutter und Kind unverzichtbar sind. Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Deswegen ist es für mich sehr wichtig, dass wir uns für die Berufsgruppe der Hebammen und der Entbindungspfleger angemessen einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in den letzten Jahren für die Hebammen schon einiges erreichen können. Ich darf an die privaten Hebammengebühren erinnern, die seit Mai 2011 um 15 % gestiegen sind. Wenn sich bei der gesetzlichen Krankenversicherung etwas tut, wird der Bereich der privaten Krankenversicherung dynamisch nachziehen. Das ist für die Hebammen von Vorteil gewesen. Wir haben bei den Verhandlungen über das GKV-Versorgungsstrukturgesetz dafür gesorgt, dass der Ausgleich für die gestiegenen Haftpflichtversicherungsprämien aufgenommen wurde. Das hat bereits zweimal funktioniert. Das ist sicherlich auch in Zukunft möglich; diese Möglichkeit ist auf unsere Initiative hin ausdrücklich aufgenommen worden. Ich gehe folglich davon aus, dass bei steigenden Haftpflichtprämien die Hebammen auch in Zukunft einen Ausgleich bekommen und sie dadurch eine Sorge weniger haben.

Für den Fall, dass sich die Situation in irgendeiner Form verschlechtern sollte, haben wir in den Koalitionsvertrag explizit aufgenommen, dass wir an der Seite der Hebammen stehen. Wir werden gesetzlich eingreifen, wenn es notwendig sein sollte.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist jetzt schon notwendig!)

- Sicherlich gerade deshalb hat Herr Bundesgesundheitsminister Gröhe das Gespräch mit den Hebammen gesucht. Eine interministerielle Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit den Hebammen. Demnächst wird es dazu auf Bundesebene einen Vorschlag geben. Deswegen stellt sich die Frage, ob wir heute einen kleinen Baustein beschließen sollen, wie die FREIEN WÄHLER ihn vorschlagen, statt auf das Gesamtkonzept zu warten. Ich halte es für notwendig, dass wir uns auf Bundesebene für ein Gesamtkonzept für Hebammen einsetzen, damit die Hebammen auch in Zukunft ihrer Arbeit für die Familien nachgehen können. Für mich ist es unverzichtbar, dass wir uns für die Hebammen einsetzen. Ich bin im Gespräch mit dem Hebammenverband über gemeinsame Schritte, um weitere Verbesserungen für die Hebammen zu erreichen. Die Bayerische Staatsregierung setzt sich dafür ein. Ich freue mich auf die Unterstützung durch den Landtag.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Wartezeit für die namentliche Abstimmung ist noch nicht vorbei.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir fahren mit der nächsten namentlichen Abstimmung fort. Ich rufe den Antrag noch einmal ausdrücklich auf: Es ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Schweiger und andere und Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/244 betreffend "Haftpflichtfonds für Hebammen – Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Hebammen!" Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18.09 bis 18.12 Uhr)

Ich gebe jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Haftpflichtfonds für Hebammen – Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Hebammen!" auf Drucksache 17/244 bekannt. Mit Ja haben 27 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 114 Abgeordnete, keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.02.2014 zu Tagesordnungspunkt 9: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haftpflichtfonds für Hebammen - Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Hebammen! (Drucksache 17/244)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael			
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja			
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	27	114	0